

# Finanzplatzsteuer – Schweiz sagt Nein

**BANKEN** Elf EU-Staaten machen Ernst mit einer Finanztransaktionssteuer. Aber die Schweiz steht abseits. Sie muss aber keinen internationalen Druck befürchten.

BALZ BRUPPACHER  
balz.bruppacher@luzernerzeitung.ch

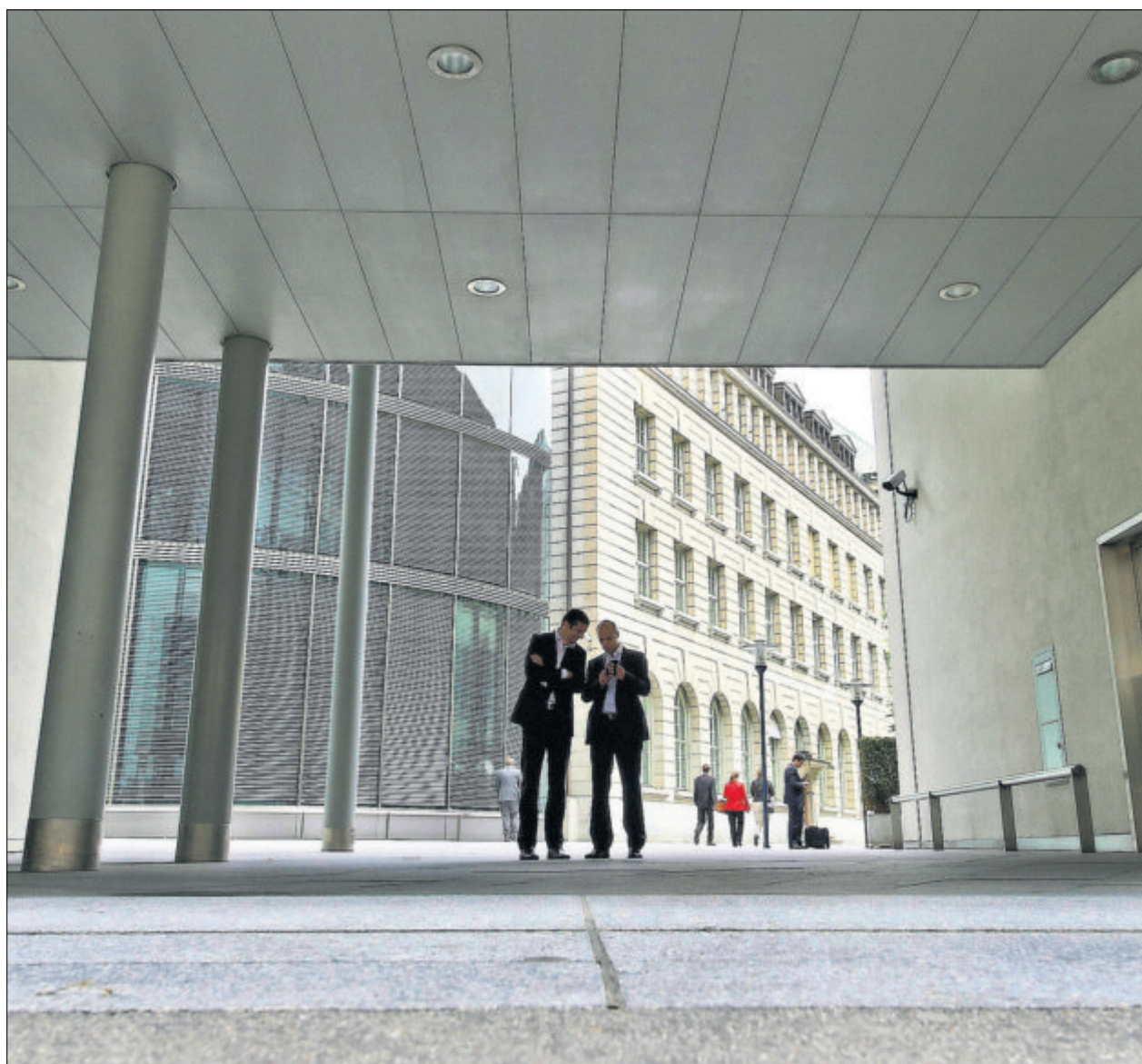
Selbst der Erfinder der Finanztransaktionssteuer, der US-Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin, schien nicht an die Verwirklichung seines 1972 lancierten Plans zu glauben. Nämlich an eine Steuer, die Sand ins Getriebe des Devisenhandels streut und die kurzfristige Spekulation eindämmt. Italiens Ministerpräsident Mario Monti, der bei Tobin studierte, erinnert sich jedenfalls an folgende Aussage seines Professors aus dem Jahre 1980: «Die Tobin-Tax ist wie das Ungeheuer von Loch Ness: Man sieht es, dann verschwindet es, und dann kommt es wieder auf.»

Die Finanz- und Schuldenkrise scheint nun auch diese Weisheit Lügen zu strafen. Elf EU-Staaten – darunter Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich – vereinbarten diese Woche die Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen. Was bedeutet das für die Schweiz? Gerät sie unter Druck mitzuziehen, zumal die grossen Nachbarn mit von der Partie sind? Oder eröffnen sich im Gegenteil neue Geschäftsmöglichkeiten für den angeschlagenen Finanzplatz? Eher Letzteres, wie eine Umfrage zeigt.

«Realistischerweise kann man nicht damit rechnen, dass bei uns eine Finanztransaktionssteuer eingeführt wird», sagt der Waadtländer SP-Nationalrat Jean Christophe Schwaab. Tatsächlich war die Tobin-Steuer in den vergangenen beiden Jahrzehnten Gegenstand von über einem Dutzend politischer Vorstösse auf Bundesebene, ohne dass sich etwas bewegt hätte. Die Anhänger rekrutieren sich meist aus dem linksgrünen Lager, wo die Tobin-Tax zu einer Kernforderung der Globalisierungsgegner wurde.

## Nationalbank erwog Tobin-Steuer

Sympathien für eine Besteuerung von Finanztransaktionen gab und gibt es aber auch im bürgerlichen Lager. Dabei sind nicht nur die Spekulanten im Visier. Vielmehr fragten sich Politiker der Mittepartei FDP und CVP bereits in den 1990er-Jahren, ob eine Steuer auf dem Devisenhandel ein probates Mittel im Kampf gegen die Aufwertung des Frankens wäre. Das ist insofern nicht an den



Der Finanzplatz Schweiz diskutiert seit Jahren über die Einführung einer Transaktionssteuer.

Keytone/Steffen Schmidt

Haaren herbeigezogen, als sogar das Direktorium der Nationalbank die Einführung einer solchen Steuer auf den Umsätzen am Devisenmarkt erwogen hatte. Und zwar in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre, als den Währungshütern ähnlich wie jetzt die Instrumente im Kampf gegen die Aufwertung des Frankens ausgingen.

## Politisch chancenlos

Politisch hatte die Tobin-Steuer in der Schweiz aber nie ausreichenden Rückhalt. Im Gegenteil: Die Akzeptanz scheint eher zu sinken. Die jüngsten Vorstösse im Parlament kamen kaum über die Stimmen des linksgrünen Lagers hinaus, auch wenn es sich bloss um Prüfungsaufträge an den Bundesrat handelte. Die Regierung lehnte es jüngst

auch ab, dem Parlament periodisch über die Vor- und Nachteile einer Schweizer Beteiligung an der EU-Steuer Bericht zu erstatten. Das Hauptargument ist die Gefahr der Abwanderung der mobilen Geschäftsbereiche, solange die Tobin-Tax nicht weltweit eingeführt wird.

## Disziplinierende Wirkung erwünscht

Dass eine Abwanderungsgefahr besteht, räumt auch Nationalrat Schwaab ein. Er setzt sich beruflich für die Anliegen des Bankpersonals ein. Ein starker Finanzplatz liegt ihm also am Herzen. Der SP-Politiker fordert den Bundesrat aber auf, sich auf internationaler Ebene für die Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer stark zu machen. «Es braucht die disziplinierende Wirkung», sagt der SP-Poli-

tiker. Dass dies zum Beispiel beim Hochfrequenzhandel, wo Computer-gestützte Geschäfte in Millisekunden abgewickelt werden, wünschbar wäre, sagen auch Experten aus der Finanzbranche. Ins Leere stösst in der Schweiz hingegen das Argument, der Staat könne mit der Steuer die Kosten der Rettung der Banken decken. Die UBS-Rettung hatte bisher nichts gekostet und dem Bund sogar einen Milliarden Gewinn beschert.

## Schweiz als Profiteurin?

Solange Länder wie Grossbritannien, die Niederlande, Luxemburg und Schweden bei der neuen Steuer nicht mitmachen, ist auch kein Druck auf die Schweiz zu befürchten, ist man sich beim Bund und auf dem Finanzplatz

## Seit Jahrzehnten wird gerungen

**TOBIN-TAX** bbb. Auch wenn die Tobin-Tax bisher Theorie blieb, Finanzplatzsteuern sind in der Schweiz seit Jahrzehnten ein heiss umstrittenes Thema. Im Mittelpunkt steht nach wie vor die Stempelsteuer, bestehend aus Emissionsabgabe auf der Ausgabe von Wertpapieren, Umsatzabgabe auf dem Wertpapierhandel und Versicherungsstempel auf bestimmten Versicherungsprämien.

## Umsatzabgaben beibehalten

Ende 2009 erklärte sich der Bundesrat in seiner Finanzplatzstrategie bereit, die gestaffelte Abschaffung der Stempelabgabe über einen längeren Zeitraum zu prüfen. Aber unter dem Vorbehalt der Gegenfinanzierung, geht es doch um Einnahmen von gegen 3 Milliarden Franken im Jahr. Bei der Too-big-to-fail-Vorlage wurde die Emissionsabgabe auf Fremdkapital aufgehoben. Nun geht es um die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital. Der Bundesrat möchte dies mit der Unternehmenssteuerreform III verwirklichen. Eine parlamentarische Initiative will das Anliegen vorziehen; nächste Woche befasst sich eine Subkommission der nationalrätlichen Wirtschaftskommission damit. Die Umsatzabgabe soll nach dem Willen des Bundesrats vorerst beibehalten werden. Beim Versicherungsstempel ist eine Prüfung der Eidgenössischen Steuerverwaltung im Gang.

einig. Aus heutiger Sicht werde die Finanztransaktionssteuer auf die Schweiz und den Wertschriftenhandel bei der Schweizer Börse SIX keinen grossen Einfluss haben, sagt Alain Bichsel, Sprecher der SIX Group.

Denn die Finanztransaktionen würden nicht am Ort des Handels, sondern am Domizil des Auftraggebers besteuert. Bichsel erwartet, dass vor allem die mobilen Akteure wie Hedge Funds, Hochfrequenzhändler und generell der Eigenhandel von Banken in Länder ausweichen, in denen die entsprechenden Transaktionen nicht besteuert werden. «Von einer solchen Entwicklung könnte unter Umständen auch die Schweiz profitieren», sagt Bichsel. Noch müsse aber die Ausgestaltung der Steuer abgewartet werden.

## Die Nachfrage nach günstigem Wohnraum besteht

In den Ballungszentren steigen die Wohnungspreise unaufhaltsam. Von allen Seiten wird die Schaffung von «bezahlbarem Wohnraum» mit entsprechenden politischen Aktionen gefordert. Insbesondere die Stadt Zürich sieht in den Genossenschaften das alleinige Heilmittel gegen hohe Mietpreise und hat letztes Jahr an der Urne beschlossen, den Anteil des genossenschaftlichen Wohnungsbaus bis 2050 von einem Viertel auf einen Drittel vom Gesamtwohnungsbestand zu steigern. Dazu

schreckt sie auch vor grosszügigen Subventionen nicht zurück. So wollte sie etwa vor kurzem an Top-Lage Bauland rund 80 Prozent unter dem Marktwert einer Genossenschaft zur Verfügung stellen, damit diese dort Wohnungen für die «Mittelschicht» zu einem Mietpreis von 2800 Franken pro Monat hätte erstellen können.

**Sind es wirklich nur die** teuren Landpreise oder allenfalls überzogene Renditeanforderungen der Investoren, die das Wohnen an vielen Orten der Schweiz so teuer machen? Eine vor kurzem vom Bundesamt für Wohnungswesen zusammen mit der Halter Generalunternehmung und der Investorin Pensimo erarbeitete Studie zeigt, dass erschwingliche Wohnungen auch heute noch gebaut werden können.

**Die Studie identifiziert** insbesondere die Wohnfläche sowie Konstruktion und Ausbaustandard als wesentliche Kostentreiber. Damit Wohnungen in Städten kostengünstig gebaut werden können, muss die zentrale Lage durch Abstriche bei anderen Eigenschaften kompensiert werden. Die Autoren haben zu einem kürzlich fertiggestellten marktkonformen Objekt in Zürich

Altstetten ein preisgünstiges Alternativobjekt geplant und detailliert kalkuliert. Mit den getroffenen Massnahmen wird es möglich, in der Stadt Zürich eine 4,5-Zimmer-Wohnung für unter 2000 Franken Miete (inkl. Nebenkosten) pro Monat und eine 3,5-Zimmer-Wohnung für unter 1600 Franken pro Monat auf

## AUSSICHTEN

marktkonform erworbenem Land neu zu bauen, ohne dass der Investor dabei öffentliche Gelder beanspruchen oder Renditeabstriche in Kauf nehmen muss.

**Wie können diese Einsparungen** erzielt werden? Das kostengünstige Objekt zeichnet sich durch sehr kompakte Wohnungsgrundrisse aus. Die Einzelzimmer für den individuellen Rückzug werden in der Fläche stark reduziert, was durch einen grosszügigen Gang- und Flurbereich, welcher als Arbeits-, Spiel- und Staufläche genutzt werden kann, kompensiert wird. Zudem können die Einzelzimmer kombiniert werden. Eine 4,5-Zimmer-Wohnung wird auf rund 85 Quadratmeter untergebracht, eine 3,5-Zimmer-Wohnung auf rund 70 Quadratmeter. Sie sind damit jeweils zirka 20 Prozent kleiner als die heutigen Standardwohnungen. Auch die Häuser werden dichter und kompakter als normal. Das wird mit gröss-

seren halböffentlichen und gemeinschaftlichen Räumen auf den Etagen und auf dem Dach ausgeglichen und führt gleichzeitig zu grosszügigeren Aussenräumen. Die kompakte Fassade wirkt sich zudem sehr positiv auf den Energieverbrauch aus.

## Solche preisgünstigen Wohnungen

leisten nicht nur einen Beitrag zur Vielfalt auf dem Wohnungsmarkt und der Durchmischung von Quartieren, sondern fördern auch die notwendige «Verdichtung», indem auf der gleichen Grundstücksfläche rund 15 bis 20 Prozent mehr Haushalte wohnen können. Ein wichtiger Aspekt sowohl im Hinblick auf die Zersiedelung der Landschaft als auch auf die gebotene Schonung der natürlichen Ressourcen. Im heutigen Spannungsfeld zwischen Zersiedelung der Landschaft, energiesparendem Gebäudepark und bezahlbarem Wohnraum sind solche neuen Denksätze gefragt.

**Preisgünstiger Wohnraum ist** auch für den normalen Investor attraktiv! Wie das Beispiel zeigt, kann er bei preisgünstigem Wohnungsbau die normalen Renditen realisieren. Zudem kann er sein Portfolio diversifizieren und andere Nutzerschichten ansprechen. Sollte der konjunkturelle Wind wieder drehen, werden die heute erstellten teuren Wohnungen die ersten sein, die mit Leerständen zu kämpfen haben. Eine

entsprechende Portfolioabrundung dient somit als willkommene Risikodiversifikation. Insbesondere Pensionskassen, die über umfangreichere Altbestände verfügen, haben diese in den letzten Jahren häufig saniert und sich dabei – unter Vernichtung preisgünstigen Wohnraums – in die Preiskategorie von Neubauwohnungen hineinsaniert.

«Erschwingliche Wohnungen können auch heute noch gebaut werden.»

Ihnen würde sich hier ein Konzept anbieten, um ohne Renditeverlust einen grossen Teil dieses günstigen Wohnraums zu erhalten. Die Nachfrage nach günstigem Wohnraum besteht. Er kann ohne grosse staatliche Subventionen mit ausreichenden Renditen für den Investor erfüllt werden. Allerdings müssen Investoren, Planer und Nutzer dabei offen für neue Ideen sein.

MARKUS SCHMIDIGER

## HINWEIS

► Dr. Markus Schmidiger ist Studien- und Projektleiter Immobilienmanagement an der Hochschule Luzern. Dieser Artikel ist auch auf dem Immobilienblog der Hochschule Luzern unter <http://blog.hslu.ch/immobilienblog/> publiziert. ◀



Markus Schmidiger  
Bild Maria Schmid